

Kölner Erwerbslosen Anzeiger

KÖLNISCHES FLUGBLATT
UNABHÄNGIG - SEIT 2003 - UNENTBEHRLICH

10.10.2004 – Nr. 12 – HDH/HPF – D: 0,0 EUR

**„Hartz IV“
ist ein Großversuch an
Menschen!**

**Montagsdemos sind
eine kulturelle
Errungenschaft!**

**Jeden Montag Demo gegen
„Hartz IV“ - 18.00 Uhr
Köln – Roncalliplatz am Dom**

Zwangsarbeit im Rechtsstaat

Was bedeutet der „Ein-Euro-Job“ bei den „Arbeitsmarktreformen“ von Hartz IV? Bedeutet es, dass Nichtstuer vom Staat gezwungen werden, etwas zu arbeiten und aufhören, der Gemeinschaft auf der Tasche zu liegen? Bedeutet es, dass Drohnen zu Arbeitsbienen oder Schmarotzer zu Dienenden werden? Dann würde jeder anständige Mensch für den Arbeitszwang sein müssen. Denn es geht nicht, dass Börsenspekulanten, reiche Nichtstuer oder ähnlicher Mob, der nicht arbeitet, sich auf Kosten des schuftenden Rests der Menschheit bereichert. Dieser Arbeitsdienst, der von den reaktionären Kreisen von rot-grün-schwarz-gelb propagiert wird, will keineswegs den kapitalistischen Müßiggängern Arbeitszwang auferlegen. Im Gegenteil. Dem Staat soll das Recht zustehen, Erwerbslose in Arbeiten zu zwingen, wo ihm gerade der Sinn steht – vor allem zur Reduzierung von Haushaltslücken, aber auch in anderen Unternehmen. Für einen oder zwei EURO werden Erwerbslose gezwungen, bei den Kommunen oder Hilfsorganisationen für Haushaltsentlastung zu sorgen oder durch Lohndruck auf die vorhandenen Arbeitsplätze. Dabei ist es gleich, welche Tätigkeit jemand erlernt oder ausgeübt hat. Es ist die Erpressung durch den Staat zu befohlener - nicht selbst gewählter - Arbeit mit Hilfe der Androhung staatlicher Gewalt.

Manch einer findet es in Ordnung, dass entsprechend der Regel der Bibel und des Sozialismus niemand zu essen bekommt, der nicht arbeitet. Allerdings darf der Hinweis erlaubt sein, dass Sklaverei in Europa längst abgeschafft ist. Je ärger aber die sozialen Folgen unseres neoliberalen Herumwurschtelns sind, umso mehr muss der Staat darauf achten, dass die gewonnenen Grund- und Menschenrechte nicht durch willkürliches und vor allem sinnloses staatliches Handeln in Form von Zwangsarbeit und Armutslöhnen geopfert werden. Freie Ausübung der Tätigkeit, Verbot von Pflicht- und Zwangsarbeit und Sklaverei, Garantien der Freizügigkeit und der Vertragsfreiheit beispielsweise sind erkämpfte Rechte, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Stattdessen verrät ein Komplott von Regierung und Opposition

Beschäftigte wie Erwerbslose und verrichtet Dienst an der neoliberalen Kaste. Nicht Gemeinwohl steht im Vordergrund, sondern der erzwungene Kadavergehorsam, der allzu gut auf deutsche Seelen trifft und damit den masochoiden Charakter, aber leider auch auf alle Nichtmasochisten. In diesem gefährlichen Spiel von Macht und Unterwerfung werden sich die Beschäftigten der Arbeitsagenturen als staatliche Sadisten aus Passion entpuppen, und beide kommen dennoch nicht auf ihre erotischen Kosten.



Was durch eine derartige staatlich eingeleitete Brutalisierung gefährdet und zerstört wird, ist unsere gemeinsame kulturelle Zukunft. Deshalb gibt es nichts zu vertuschen: Ein-Euro-Jobs und Billigjobs sind moderne Staatssklaverei und damit Zwangsarbeit. Sie bedeutet eine schwere Beschränkung individueller Freiheitsrechte und sie behindert die schöpferische Entwicklung unserer Kultur. Sie weist die Tendenz auf, die Bürgerinnen und Bürger zu verdummen, ihre gesellschaftlichen Instinkte zu brechen, und sie wirkt reaktionskonsolidierend. Sie drückt die Löhne durch Schmutzkonkurrenz und stellt ein Attentat auf das Streikrecht dar. Und vor allem: Sie behindert massiv das dringend notwendige Wachstum unserer Binnenwirtschaft.

Wer bis hierher dem Text gefolgt ist, den erwartet jetzt eine Überraschung.

Er stammt ursprünglich aus zwei Artikeln der „Weltbühne“ (erschieden im 1. Hj. 1924, Seiten 839-842 und im 2. Hj. 1931, Seiten 154-155). Sie wurden gekürzt und sprachlich umgeschrieben auf heutige Verhältnisse. (Weiter auf S. 2)

Das typisch deutsche Herrschaftssystem

Unternehmen und
Verbände



Politik und
Parteien



Noch-Beschäftigte



Erwerbslose



Sozialhilfeempfänger



Obdachlose
Kapiert, wie
Macht funktioniert?

(weiter von Seite 1)

Da wären wir also wieder angelangt! Es wurde nichts dazu gelernt. Erneut haben wir es mit einer Politik der ewig Gestrigen mit den Methoden des „mehr vom Alten“ zu tun, und zwar unabhängig vom biologischen Alter unserer „Berufspolitiker“. Die Einführung von Ein-Euro-Jobs per staatlichem Zwang in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit zu ihrer angeblichen Beseitigung ist schlichtweg grotesk. Und für die, die noch einigermaßen rechnen können: Man stelle sich Deutschland vor, wo alljährlich zur Saison 8,6 Mio. Arbeitsuchende (so viele sind es wirklich) den Spargel stechen. Wahrscheinlich gibt es weltweit nicht so viel Spargel. Gleiches gilt natürlich auch für Tätigkeiten in anderen Bereichen. An dieser Stelle ist Zeit, endlich mit dem Mythos der Vollbeschäftigung aufzuräumen. Es wird in einem kapitalistischen System nie Vollbeschäftigung geben, weil die Konzerne immer von dem Druck der Erwerbslosen auf die Beschäftigten bzw. auf die Löhne und Gehälter profitieren. Je niedriger die Almosen für die Erwerbslosen und je mehr Erwerbslose, umso stärker der Druck auf die Tarife und desto günstiger ist es für die Gewinnerwartungen der Konzerne, Banken und Versicherungen – Shareholder value.

Es findet ein Kampf zwischen den Erwerbslosen und den Beschäftigten statt, und nicht zwischen „Oben“ und „Unten“, wie es seiner Ursache nach sein müsste. Die Auseinandersetzung wird durch das rot-grün-schwarz-gelbe Machtkomplott massiv als Brandstifter geschürt und von den „Lohnschreibern“ der wirtschaftsabhängigen Einheitspresse und der Medien verantwortungslos unterstützt, wobei die Menschen belogen werden, dass sich die Balken biegen.

Das Komplott der „Berufspolitiker“ von Regierung wie Opposition macht deutlich, dass offenbar in vielen Köpfen eine Grundsubstanz faschistoider Gedankenzüge vorhanden ist, um immer wieder zu den alten Unterdrückungsmethoden zurück zu kehren – auch immer wieder bestätigt durch die Masse des politischen Analphabetentums, die schweigend zu ihrer Durchsetzung verhilft.



Nicht nur aus diesem historischen Grund muss es bei dem Begriff „Zwangsarbeit“ bleiben. Er ist nicht allein durch den Nationalsozialismus belegt, was immer behauptet wird. Zwangsarbeit gab es auch in anderen Ländern in unterschiedlichen Ausprägungen. Es darf auch keine Grenze gezogen werden dergestalt, dass Zwangsarbeit nur z.B. durch Androhung von Schlägen, Nahrungsentzug, durch Verschleppung oder gar Tötungsandrohung entsteht. Auch jede andere Art von persönlicher Erniedrigung, Entwürdigung, Einschüchterung oder der staatliche Zwang des Entzugs der existenziellen Grundlagen als Erpressung zur Arbeit rechtfertigt den Begriff der Zwangsarbeit. Man kann lediglich sagen, dass die Zwangsmethoden heute „feiner“ geworden sind. Im Rahmen von „Hartz IV“ findet ein sanktionsbewehrter

Zwang zur rechtsgeschäftlichen Selbstunterwerfung statt, dessen Kürzungen für hunderttausende sämtliche kulturellen Überlebenschancen zunichte macht, falls sie sich nicht in die Ein-Euro-Jobs oder Billigjobs fügen. Also bei „Entlohnungen“, die in überhaupt keinem Verhältnis zur Leistung stehen. Nach den Menschenrechten und dem Grundgesetz ist Zwangsarbeit nur unter strengen Auflagen bei Strafgefangenen erlaubt. Die faktische Gleichsetzung von Erwerbslosen als Ausgegrenzte eines faschistoiden Endzeit-Neoliberalismus mit Strafgefangenen ist eine Erniedrigung ohne jüngerer historisches Beispiel und legt den Verdacht nahe, dass hier von bestimmter Seite verdeckt, aber bereits wieder die Frage nach unwertem und wertem Leben gestellt wird.

Es ist daher höchst bedenklich, wenn das Bundesverfassungsgericht vor kurzem den Begriff der Zwangsarbeit in den Bereich der Geschichte verbannt. Daraus folgt, dass sich Erwerbslose bei den Ein-Euro-Jobs schwerlich auf Zwangsarbeit berufen können, weil es Zwangsarbeit eben nur früher gab. Es kann halt nicht sein, was nicht sein darf – auch wenn es drückend existiert. Dieser Sachverhalt zeigt in aller Deutlichkeit, wie sehr das Bundesverfassungsgericht ein politisches Gericht ist.

Man kann mit Recht die Frage stellen, ob nicht auch hier einem bösen „Geist des Alten“ Vorschub geleistet wird. Vor solchen Einstellungen, die immer Anfänge politischer Entwicklungen sind, ist dringend zu warnen. Montagsdemonstrationen sind die richtige Antwort auf den politischen Niedergang. Die Geschichte ermahnt uns hierzu!
Hans-Dieter Hey

Hartz IV muss weg!

(Melodie: Bei mir bist du schön...)

Refrain:

Es hat keinen Zweck
Hartz IV, das muss weg
Und mit ihm das Berliner Kabinett (2x)

Wir haben Wut im Bauch
Und darum steh'n wir hier
Ein jeder wird gebraucht!
Denn: Das Volks sind wir!

Refrain

Hartz IV ist Zwangsarbeit

Hartz IV ist Zwangsarbeit -
Ein Euro für die Stund'
Macht Ihr den Lohn kaputt,
Halten wir nicht den Mund!

Refrain

Die Langzeitarbeitslosen
Kriegen Schnüfflerbesuch
Sie suchen Silberschmuck
Und Omas Postsparbuch

Refrain

Arbeiter, arbeitslos
Hartz IV geht jeden an
Ob weiß, ob schwarz, West, Ost
Of Frau, ob Kind, ob Mann.

Refrain

Drum Leute, kommt, macht mit.
Ihr wisst: Das Volk sind wir!
Bis Hartz IV weg ist sind
wir jeden Montag hier!

Refrain

(Text: Unbekannte Erwerbslose)

Freiheit statt Sozialismus Neoliberalismus!

»Das Projekt des freien Weltmarktes ... gleicht dem anderen utopischen Gesellschaftsexperiment des 20. Jahrhunderts, dem marxistischen Sozialismus. Beide Ansätze gehen davon aus, dass der Fortschritt der Menschheit zu einer Weltzivilisation führt. Beide leugnen, dass die moderne Ökonomie viele Erscheinungsformen hat. Beide verlangen für die Durchsetzung ihrer Vision den Menschen enorme Opfer ab. Und beide haben vitale menschliche Bedürfnisse missachtet.«

Dieses Zitat stammt aus einem Buch von John Gray mit dem Titel "Die falsche Verheißung – Der globale Kapitalismus und seine Folgen" (Original 1998, dt. 2001). Und der Autor ist nicht etwa ein unverbesserlicher, ewig gestriger Linker – sondern ein stramm konservativer, ehemaliger Politik- und Wirtschaftsberater von Maggie Thatcher in Großbritannien. Und hat nicht auch Heiner Geißler, zum großen Ärger seiner Partei, behauptet, der Kapitalismus sei ebenso gescheitert wie der Realsozialismus? Wenn solche unverdächtigen Leute auf die Parallelen von Kommunismus und globalisiertem Kapitalismus (genauer, Kapitalismus im US-amerikanischen Verständnis) hinweisen, dann sollte man das ernst nehmen.

Und in der Tat, die strukturellen Gemeinsamkeiten sind – bei aller inhaltlichen Gegensätzlichkeit – frappant. Beide Systeme bauen ihre Gesellschaft nach einem ökonomischen Leitbild, da ist es gar nicht weit vom Primat zum Terror der Ökonomie; beide verlangen dafür den neuen bzw. den flexiblen Menschen; und beide basieren auf einer Rechtfertigungsideologie, die Utopie und Realität schon längst nicht mehr auseinanderhalten kann: hier "wissenschaftlicher" Kommunismus, dort "alternativer" Neoliberalismus. Und natürlich weisen beide Ideologien es weit von sich, bloß eine Ideologie zu sein!

Auch wenn Kommunismus und Neoliberalismus unterschiedliche, ja gegensätzliche Menschenbilder haben – in dem einen Falle die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit, in dem anderen Falle der allzeit verfügbare, leistungsbereite Arbeitskraftunternehmer –, stehen sie doch beide in krassem Gegensatz zu den normalen, alltäglichen Bedürfnissen der wirklichen Menschen: Die brauchen und wollen nämlich nicht Freiheit statt Sicherheit, sondern Freiheit durch Sicherheit.

Nur, warum ist der Neoliberalismus so wirkungsmächtig? Unter anderem deshalb, weil ihm selbst seine Kritiker auf den Leim gehen. Gerade die (restliche) Linke erkennt, dass der sog. Neoliberalismus ein einziger Etikettenschwindel ist: Weder ist er "neo-", noch ist er im geringsten "liberal". Dass das neoliberale Laisser-faire ein uralter Hut (und noch dazu klammheimlich staatlich mit Riesensummen sub-

ventioniert) ist, leuchtet ja noch ein. Aber wieso nicht liberal?

Nun, wegen der Freiheit, die sie meinen! Es ist die der Mächtigen, der Besitzenden, der Besserverdienenden – kurz, die Freiheit des Fuchses im Hühnerstall, um mit Roger Garaudy zu sprechen. Und weil es für die Mehrheit, sprich Otto Normalverbraucher, die Habenichtse und die Schlechterverdienenden, im neoliberalen Casinokapitalismus keine Handlungsoption außer guter Miene zum bösen Spiel gibt, ist der sog. Neoliberalismus in Wirklichkeit nichts anderes als Pseudoliberalismus: Echte Freiheit würde nämlich die Möglichkeit voraussetzen, dass die Menschen ihre Heut *nicht* zu Markte tragen müssen. Da ist es dann nur noch folgerichtig, dass mit der stereotypen Killerphrase von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein ebenso verkappter wie kurioser Standortsozialismus einhergeht: Denn wem, bitteschön, gehört eigentlich die Deutschland AG? Uns doch nicht! Wieso sollen wir weniger verdienen und/oder länger arbeiten, um das Privateigentum anderer Leute zu verteidigen? Anders gesagt, ob VEB oder GmbH & Co KG, das läuft für die Masse der Bevölkerung auf das Gleiche hinaus! Ob wir Opfer bringen sollen für den Staat, die Partei, den Standort oder sonst was – sie wollen doch alle nur unser Bestes; aber wir geben es ihnen nicht ...

Und was können wir dagegen setzen? Mehr reale Freiheit statt Pseudoliberalismus, mehr (umverteiltes) Privateigentum statt Standortsozialismus, überhaupt weniger Wirtschaft und mehr Gemeinschaft! Die Mauer muss fallen zwischen Arm und Reich; daher müssen wir uns vom zeitgeistigen Neoliberalismus befreien, so wie sich die Menschen im Osten seinerzeit vom real existiert habenden Sozialismus befreit haben. Oder, nochmals mit den Worten von Gray: »Die Freiheit des Marktgeschehens ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, ein Entwurf, von Menschen für menschliche Ziele ersonnen. Die Märkte sind dazu da, den Menschen zu dienen, und nicht umgekehrt.«

Das hat auch André Gorz schon so ähnlich formuliert, und der ist nun wiederum weiß Gott kein Konservativer.
Kurt Nikolaus

Im Krieg gegen das eigene Volk

Deutschland kennt - wie kaum ein anderes Land - zwei verschiedene Wirtschaftsformen. Im Osten die „Zentralverwaltungs-wirtschaft“, im Westen die „soziale Marktwirtschaft“. Beide haben innerhalb der letzten 15 Jahre bewiesen, dass sie schlecht funktionieren. Als Lösung wird

uns nun die reine Marktwirtschaft propagiert, in welcher alles zu Ware wird und es ungebremsten Wettbewerb gibt. Das Schicksal des Einzelnen ist unbedeutend im Vergleich zum zu erzielenden Profit. Da durch den Druck auf die Einkommen die Kaufkraft des bisherigen Marktes nicht mehr ausreicht, werden neue Märkte erobert, teilweise durchaus mit Krieg, wie in Afghanistan oder dem Irak. Die Masse neuer Konsumenten soll den Ausgleich schaffen. Ob Menschen hierdurch leiden oder gar sterben ist egal, Hauptsache der Profit stimmt.

Während wir die Bilder über die Kriege im Ausland täglich im TV sehen, übersehen wir, dass der Krieg bereits im Inneren begonnen hat. Hier werden allerdings noch keine Panzer und Raketen eingesetzt, die Waffen des Kapitals sind die „demokratischen“ Regierungen und ihre Gesetzgebungen. Der Krieg gegen das eigene Volk wird mit so genannten rechtsstaatlichen Mitteln geführt.

Zu jedem Krieg gehört die psychologische Kriegsführung. Die gewaltige Propaganda-Maschine heißt bei uns „Freie Presse“. Den unabhängigen, freien Journalisten gibt es schon längst nicht mehr. Zeitungen, Radio und Fernsehen befinden sich in der Hand des Kapitals und dessen Marionetten, wie Parteien und Regierungen. Alles erinnert in erschreckender Weise an George Orwells 1984. Den Menschen wird suggeriert, dass sie durch noch mehr Überwachung sicherer leben würden. Der Masse wird eingeredet, dass sie nur noch mehr leiden müsse, damit es ihr besser ginge. Aus allen Lautsprechern dröhnen die Parolen. Die Regierung und die Opposition (die beide diese Bezeichnung nicht verdienen) verbreiten sogar öffentlich, dass man alles nicht richtig erklärt habe und man daher eine Kampagne starten müsse. Man muss den Menschen eben nur oft genug erklären, dass 2 plus 2 doch 5 ist, dann glauben sie es. Im Zweifel muss man sie zwingen.

Es ist ein unfairen und ungleicher Krieg. Während die einen über Geld, Macht und Mittel verfügen treffen sie auf einen Gegner, der auch untereinander zerstritten ist. Erwerbstätige werden gegen Erwerbslose aufgehetzt, Junge gegen Alte, Heteros gegen Homos und Gesunde gegen Kranke. So lange nicht alle Betroffenen erkennen, dass sie einen gemeinsamen Gegner haben, werden sie diesen Krieg verlieren. Die Verdummungsmaschinerie ist lange angelaufen, denn Nicht-Wissen bedeutet Macht. Das Volk muss dumm gehalten werden, damit es nicht aufmuckt. Wenn's doch muckt, gibt's Gegenpropaganda, welche die Teilnehmerzahlen auf Demonstrationen nach unten schreibt, die Spaltung versucht voran zu treiben, und mit neuen massiven Lügen wird versucht den Pöbel ruhig zu halten.

Aber wir sind nicht dumm und wir sind viele. Gemeinsam können wir diesem Angriff trotzen.
Heinz Peter Fischer

„Hartz IV“ muss weg – ein Aufruf für mehr Chancen

Zwischen 1881 und 1890 wurde auf Druck der Menschen die erste deutsche Sozialgesetzgebung geschaffen, und dies aus gutem Grund: Die Verarmung der Massen sollte verhindert werden. Heute will man die sozialen Sicherungssysteme auf Geheiß einer mächtigen Wirtschaftslobby zur Schlachtbank führen. Eine stillschweigende Koalition über alle Parteigrenzen hinweg bereitet die Restauration zurück ins 19. Jahrhundert vor. Es ist der „Krieg“, den die bürgerlichen Parteien gegen ihre eigene Bevölkerung führen. Dabei helfen ihnen die weitgehend wirtschaftsabhängigen Fernseh- und Printmedien – unterstützt mit über 100 Mio. Euro durch die Wirtschaft und ihre Verbände und Institute, wie z.B. dem Institut „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ (ND 8.5.04). Die Anpassung soll so schnell erfolgen, dass niemand merkt, dass dieses Land in wenigen Jahren nicht mehr wieder zu erkennen ist.

Durch „Hartz IV“ entstehen nach „Social Watch“ über 4,5 Mio. Erwerbslose, die ab 2005 in Armut und Not getrieben werden. Das künftige Arbeitslosengeld II ist niedriger als die bisherige Sozialhilfe. Durch Einführung neuer Zumutbarkeitsbedingungen werden Menschen in Zwangsarbeit zu 1,00 Euro die Stunde oder in Hungerlöhne getrieben. Bereits im Jahre 2002 wurden 120.000 Hausdurchsuchungen bei Sozialhilfeempfängern durchgeführt - dies wird weiter zunehmen. Mieten werden nicht mehr bezahlbar sein, die Differenz wird nur noch als Darlehen gezahlt. Die Kosten für warmes Wasser und Strom werden überhaupt nicht übernommen. Man wird verschuldet bis in die Altersarmut. Schallplatten und Bücher müssen verkauft werden. Aber auch alle Werkstätigen sind betroffen. Auf sie findet ein ungeheurer Lohndruck statt. Viele werden künftig durch „preiswerte“ Erwerbslose ausgetauscht. Die Preise für Lebenshaltung und Mieten dagegen sinken aber nicht, sondern steigen ständig weiter. Laut Kanzler Schröder ist dies nur der Anfang – Beginn eines Zerstörungswahns, den man „Neoliberalismus“ nennt.

Die Argumente sind immer dieselben, mit denen angeblich Arbeitsplätze geschaffen werden: wir brauchen „Reformen“, „der Sozialstaat ist zu teuer“, wir brauchen „Privatisierungen“ und „rettet den Standort“. Inzwischen wird dies von vielen in großer Einfalt wiedergekauft, ohne das es wahrer wird. Wenigen fällt auf, dass das Ganze ein gigantisches Lügengerüst ist. Vielen fällt nicht einmal die einfachste Frage hierzu ein: wer greift da so unverschämt in die Kassen, wenn das Geld plötzlich weg ist?! **Tatsächlich geht es nur um das Eine: Staat und Sozialkassen sollen geplündert werden und das Geld den börsennotierten Konzernen zukommen - zu Lasten der Binnenkon-**

junktur und des Mittelstandes. Inzwischen verweisen Städte und öffentliche Einrichtungen. Die Systemveränderung ist voll im Blick der Mächtigen.

Reformlüge neue Arbeitsplätze

Seit 20 Jahren wird der sogenannte Sozialstaat abgebaut. Inzwischen haben wir 8,6 Mio. Erwerbslose (WiWo Nr. 29). Nüchtern bleibt festzustellen: Sozialabbau hat nichts gebracht. Jedes Jahr kommen ca. 250.000 neue Erwerbslose hinzu. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt ständig. Erst dieses Jahr fehlen wieder 31.000 Ausbildungsplätze. Die Verarmung der erwerbslosen Familien und Alleinerziehenden steigt ständig an. Mehr und mehr Kinder werden abhängig von sozialer Fürsorge. In den letzten zwei Jahren nahmen die Zahlen bei den Sozialhilfeempfängern um 2,0 % zu, bei Kindern und Jugendlichen um 6,2 %, bei Familien mit Kindern um 11,8 %, bei allein Erziehenden um 3,7 % (StatBA 8/04).

Durch neue verlogene Berechnungen sind im letzten Jahr 3,8 Mio. Erwerbslose nicht mehr in der Arbeitsmarktstatistik erschienen, ohne dass sie eine neue Arbeit haben (ISA-Bericht 2/04). Existenzsichernde Arbeit wird durch die Arbeitsagenturen schon lange nicht mehr ausreichend vermittelt.

In dieser kritischen Situation werden die Konzerne jedes Jahr um 25 Mrd. Euro entlastet und der Spitzensteuersatz auf 42 % gesenkt (4 Mrd. Euro). Das private Vermögen der Reichen ist im letzten Jahr um 200 Mrd. Euro auf 3,9 Bill. Euro gestiegen (Deutsche Bundesbank), ohne dass dadurch neue Arbeitsplätze entstanden sind.

Dies ist ein politischer Skandal!

Dabei gibt es bessere Lösungen für alle Menschen:

- **Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben und gesellschaftlichen Reichtum**
- **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro die Stunde**
- **Einführung einer Grundsicherung zur Verhinderung von Armut**
- **Steuergerechtigkeit durch Umverteilung der gigantischen Privatvermögen (Rückverteilung)**
- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche**
- **Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis von Solidarität und Gerechtigkeit**
- **Streichung der Sozialversicherungsgrenze**

Hans-Dieter Hey

ver.di Köln

Die Arbeitsgruppe „Politisch vernetzte Aktionen“ bereitet unter anderem Flugblätter vor, die dann an dem Tag, an dem die neuen Arbeitslosenzahlen genannt werden, vor dem Arbeitsamt verteilt werden. Zur Aktionsvorbereitung trifft sich die AG regelmäßig jeden 2. Mittwoch im Monat um 17:00 Uhr im KALZ in der Herbrandstraße 7 - 50825 Köln

Der Kölner Erwerbslosen Ausschuss ver.di trifft sich jeden letzten Montag im Monat um 18:30 Uhr im Gewerkschaftshaus Hans-Böckler-Platz 9. Das Treffen ist offen für Interessierte!
InfoTel: 0221.4 85 58-341

Probleme mit dem Arbeitsamt? Plötzlich erwerbslos und keine Idee, was zu tun ist?

Echo

Lyoner Passage 3+4
50765 Köln- Chorweiler
Fon: 0221.7 00 87 03

Kölner Arbeitslosenzentrum KALZ

Herbrandstr.7
50825 Köln- Ehrenfeld
Fon: 0221.5 46 10-72

Vingster Treff

Würzburger Str. 11 a
51103 Köln-Vingst
Fon: 0221.87 54 85

ABC Höhenhaus

Von-Ketteler-Str. 2
51061 Köln-Höhenhaus
Fon: 0221.64 66 41

Frauen gegen Erwerbslosigkeit

Gellert-Str. 45
50733 Köln-Nippes
Fon: 02 21.7 32 72 51

IMPRESSUM

Redaktion:
Erwerbslose in Köln

Kontakt über:

erwerbslose@grmx.de
www.erwerbslose.de.vu

Verteilung erfolgt über Internet, Interessenten werden zur Weiterverteilung ausdrücklich ermuntert

v.i.S.d.P.:

Hans-Dieter Hey
Marsiliusstr. 49
50937 Köln